

Resolutionsentwurf

der GEW-Betriebsgruppe für die Personalversammlung [REDACTED] 29.11.2011

Die Personalversammlung [REDACTED] vom ...2011 fordert die sofortige Rücknahme des Beschlusses der Hamburger Bürgerschaft vom 26.10.2011 zur Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für die Beamten, Beamtinnen und Versorgungsempfänger im Hamburger Staatsdienst.

5 Begründung

- Seit Jahren schon tragen wir, die Lehrer und Lehrerinnen in Hamburg, durch verzögerte Übernahme von Tarifverhandlungsergebnissen, Gehaltserhöhungen unterhalb der Inflationsrate, Kürzungen bei der Beihilfe usw. ungefragt und in dieser Form ungewollt zur Sanierung des Hamburger Haushaltes bei, für dessen Zustand wir nicht verantwortlich sind.
- 10 - Maßgeblich für unsere Vergütung müsste die allgemeine Lohnentwicklung sein. So wird für Beamte und Beamtinnen des Bundes gegenwärtig über eine Wiedereinführung der Sonderzulage diskutiert.
 - Gerade vor dem Hintergrund der hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg sind weitere Einkommenskürzungen unzumutbar.
 - Seit der Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung ist unsere Arbeitszeit deutlich erhöht worden.
 - 15 Schon zu deren Einführung war die Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer deutlich höher als in anderen Bundesländern.
 - Durch eine Vielzahl von Veränderungen und Reformen in der Schule, die mit zusätzlichen Aufgaben verbunden sind, ist unsere Arbeitsbelastung ständig größer geworden.
 - Auch der Wandel der Schülerschaft führt zu einer zeitlichen Mehrbelastung, da eine intensivere
 - 20 Betreuung erforderlich ist.
 - Somit sind zu den in der Lehrerarbeitszeitverordnung aufgelisteten Aufgaben neue hinzugekommen, ohne dass an anderen Stellen in gleichem Umfang welche gestrichen wurden.
 - Für viele Kollegen und Kolleginnen ist die Mehrbelastung mittlerweile unerträglich geworden.
 - Darüber hinaus ist durch Schulinspektionen und ständige zentrale Überprüfungen der
 - 25 Leistungsdruck in der Schule in den letzten Jahren ständig gewachsen und geht zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten.

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen und trotzdem hat die Hamburgische Bürgerschaft durch den Beschluss vom 26.10.2011 unser Gehalt massiv gekürzt. Unsere Leistungen und unser Einsatz werden dadurch entwertet und missachtet. Wir empfinden dies als demotivierend, ungerecht und

30 unsozial, auch weil die aktuelle Situation nicht durch unser Verhalten, sondern durch politische Entscheidungen der verantwortlich handelnden Parteien verursacht worden ist.

Seit Jahren sinken die Realeinkommen der arbeitenden Menschen, während die Einkommen aus Kapitalvermögen unverhältnismäßig steigen. Wir sehen die Kürzung des Weihnachtsgeldes als einen weiteren Baustein in diesem Gesamtzusammenhang.

35 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat diese Lohnkürzung einseitig gegen den Protest der Beamtinnen und Beamten beschlossen. Gleichzeitig bestreitet sie, dass Beamtinnen und Beamte ein Streikrecht haben, wie es die Europäische Menschenrechtskonvention vorsieht und wie es der europäische Gerichtshof bestätigt hat. Uns wird also das Recht abgesprochen, uns mit einem Streik gegen diese einseitige Maßnahme des Arbeitgebers zu wehren. Dies können wir nur als un-

40 demokratisch ansehen.

Folgerungen

Wir werden diese Nachteile nicht weiter erdulden und werden bis zur Schaffung erträglicher Arbeitsbedingungen und bis zur Sicherstellung einer fairen Vergütung unser Engagement in der Schule von real 60 bis 70 Stunden auf die tariflich vorgesehene Wochenarbeitszeit von 46,57 Stunden

45 bei einer Vollzeitstelle und entsprechend bei Teilzeitstellen reduzieren. Dass dies mit einer Reduzierung der Qualität der Arbeit verbunden ist, liegt auf der Hand, ist aber zu verantworten durch Senat und Bürgerschaft der FHH. Mit diesem „Dienst nach Vorschrift“ werden die finanziellen „Einsparungen“ durch das Streichen des Weihnachtsgelds von unserer Ersparnis an Arbeitszeit deutlich übertroffen. Um die gleiche Arbeitsqualität erhalten zu können, müssten mehr Lehrerinnen

50 und Lehrer eingestellt werden.

Darüber hinaus reduzieren wir unsere Arbeitszeit entsprechend der Gehaltskürzungen wöchentlich um durchschnittlich 1,5 Stunden.

Daher sehen wir uns genötigt,

- 1.2
- uns nicht mehr an der Entwicklung schulinterner Curricula zu beteiligen.
 - 55 - uns nicht mehr bei der Weiterentwicklung individualisierter Unterrichtsformen zu engagieren.
 - keine weiteren Förderungskonzepte zu entwickeln.
 - die Arbeit in der Schulkonzeptgruppe einzustellen.
 - Unterricht schlanker vorzubereiten.
 - weniger sorgfältig zu korrigieren.
 - 60 - Elterngespräche zu reduzieren.
 - keinen Weihnachtsbasar durchzuführen.
 - keinen Tag der offenen Tür durchzuführen.
 - Lernentwicklungsgespräche doch nur in den Jahrgängen durchzuführen, für die wir diese aufgrund des Schulgesetzes führen müssen.

65

Wir werden auch die Kollegien anderer Schulen, insbesondere unser Nachbarschulen von diesem Beschluss in Kenntnis setzen.